

Ad hoc Komitee der Wirtschaft für eine sinnvolle Alkoholpolitik
Postfach 8166 – 3001 Bern

An den Gesamtbundesrat
Bundeskanzlei
3003 Bern

21. September 2007

Massnahmenpaket des Nationalen Programms Alkohol 2007-2011 (NPA)

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Herren Bundesräte

Ende Juli 2007 hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine weitere Regulierungsoffensive gestartet, welche an den Aktivismus im Bereich Tabak und Übergewicht erinnert. Das Nationale Programm Alkohol 2007-2011 umfasst 34 Massnahmen im Bereich der Alkoholpolitik, die das BAG öffentlich bekannt gemacht und ausführlich kommentiert hat. Die Reaktionen darauf waren aus allen politischen Lagern mehrheitlich negativ.

Das BAG hat in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, alle betroffenen Wirtschaftskreise seien in die Ausarbeitung dieses Massnahmenpaketes einbezogen gewesen. Dies war aber nur am Rande und partiell der Fall. So wurden beispielsweise die Organisationen des stark betroffenen Detailhandels, der Landwirtschaft und der Werbewirtschaft sowie *economiesuisse*, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizerische Gewerbeverband überhaupt nicht angehört. Nur je ein Vertreter von GastroSuisse, Schweizer Brauerei-Verband, Schweizer Weinhandel und Schweizerischer Spirituosenverband waren zu den zwei letzten Hearings eingeladen, wo sie einer Phalanx von über 50 Beamten und so genannten Präventionsfachleuten gegenüberstanden, die bereits seit langer Zeit an diesem Massnahmenpaket mitgearbeitet hatten. Von den effektiven inhaltlichen Vorbereitungsarbeiten waren auch diese direkt betroffenen Branchenverbände ausgeschlossen. An den Hearings wurde ihren Einwendungen grundsätzlicher Art über das Vorgehen des BAG und die Inhalte der 34 Massnahmen nur äusserst beschränkt Rechnung getragen.

Wir bitten deshalb den Bundesrat, das Massnahmenpaket des Nationalen Programms Alkohol 2007 - 2011 (NPA) nicht einfach zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, sondern zur Überarbeitung an das BAG zurückzuweisen. Hernach soll eine breit abgestützte politische Diskussion ermöglicht werden. Die unterzeichnenden Organisationen fordern eine echte Mitwirkung aller betroffenen Kreise und Institutionen.

Die Hauptkritik der unterzeichnenden Organisationen betrifft folgende Punkte:

- Das BAG versucht, an den zuständigen politischen Instanzen vorbei, eine eigene, politisch nicht abgestützte und weit über das Ziel hinausschiessende Alkoholpolitik zu initiieren und auf dem "Verwaltungsweg" umzusetzen.
- Weder die Legislativkommissionen der Eidgenössischen Räte (z.B. SGK) noch die politischen Organe der Kantone wurden ausreichend informiert und in diese Arbeiten miteinbezogen.
- Einige der betroffenen Wirtschaftskreise wurden zwar an zwei Hearings eingeladen, blieben aber von den Vorbereitungsarbeiten ausgeschlossen. Die meisten anderen aber - darunter der stark betroffene Detailhandel, die Landwirtschaft, die Werbewirtschaft und die Arbeitgeberorganisationen wurden, wenn überhaupt, nur ungenügend informiert.
- Die Anstrengungen der direkt betroffenen Branchen (Getränkebranche, Gastgewerbe) in Form von Selbstbeschränkungsmassnahmen (Verhaltenskodices) wurden weder zur Kenntnis genommen noch gebührend berücksichtigt.
- Die - abgesehen von Problemen im Bereich des Jugendschutzes - insgesamt positive Entwicklung in den vergangenen Jahren und der Rückgang des Pro-Kopf-Konsums beim Alkohol in der Schweiz (- 23 % in den letzten 20 Jahren) wurden einfach ausgeblendet.
- Vor zwei Monaten (im Juli 2007!) wurde das neue Biersteuergesetz in Kraft gesetzt und schon spricht das BAG von der Erhöhung der Biersteuer (und weiteren Steuern auf Alkoholika). Dies ist eine flagrante Missachtung der Legislative, die dieses Gesetz im Dezember 2006 verabschiedet hat und verletzt zudem das Prinzip der Gewaltentrennung.
- Der Wirkungszusammenhang zwischen den anvisierten Zielen und den bekannt gewordenen NPA-Massnahmen ist aus Sicht der unterzeichnenden Organisationen nicht gegeben. Das BAG versucht mittels kleiner Schritte die Erhältlichkeit/Verfügbarkeit, die Konsumentenpreise sowie die Werbung schrittweise immer stärker zu beeinflussen. Diese Politik ist wirkungslos, führt zu Umgehungsstrategien und löst die aktuellen Probleme nicht.
- Diese Politik kann im Gegenteil zu einer Verschlimmerung der Probleme führen wie folgende Erfahrungen zeigen:
 - Prohibition in Amerika → illegale Produktion → Kriminalität
 - Hohe Fiskalbelastung in Nordeuropa → illegale Produktion, Schmuggel, Schwarzmarkt → Verfälschung der Statistiken
 - Sonstige Beschränkungen in gewissen EU-Ländern → Umgehung mittels cross-border-trade aus anderen EU-Ländern
 - Totales Werbeverbot in den früheren Ostblockstaaten → trotzdem überdurchschnittlich hoher Alkoholkonsum

Die unterzeichnenden Organisationen anerkennen einen Handlungsbedarf im Bereich des Jugendschutzes (Durchsetzung der geltenden Alterslimiten) und der individuellen Früherkennung von Alkoholmissbrauch. In diesem Bereich unterstützen wir gerne wirksame Massnahmen. Es kann aber nicht angehen, dass die gesamte Bevölkerung mit zusätzlichen unverhältnismässigen Vorschriften und Verboten in ihrer Freiheit noch stärker eingeschränkt wird.

Die Einführung unnötiger und bürokratischer Massnahmen ohne jede Wirkung, die Diskriminierung der inländischen Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz, die Kriminalisierung und Gängelung weiter Teile der Bevölkerung werden wir jedoch nicht akzeptieren und – ebenso wie übermässige Regulierungsoffensiven in anderen Bereichen – mit allen möglichen politischen Mitteln bekämpfen.

Wir bitten Sie, sehr geehrte Damen und Herren des Bundesrates, unsere Bedenken und unsere Kritik am Massnahmenpaket des Nationalen Programms Alkohol 2007 - 2011 (NPA) ernst zu nehmen.

Für Ihr Verständnis danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband

NR Dr. Pierre Triponez
Direktor

economiesuisse

Dr. Pascal Gentinetta,
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Schweizerischer Arbeitgeberverband

Thomas Daum, Direktor

Schweizerischer Bauernverband

NR Hansjörg Walter, Präsident

GastroSuisse

Dr. Florian Hew
Direktor

Hans Peyer
stv. Direktor

hotelleriesuisse

Dr. Christoph Juen
Direktor

Thomas Allemann
Leiter Wirtschafts-
und Sozialpolitik

Swiss Retail Federation

SR Bruno Frick, Präsident

Schweizer Werbung

aSR Carlo Schmid, Präsident

Schweizer Brauerei-Verband
Konrad Studerus, Direktor



Vereinigung Schweizer Weinhandel
Ernest Dällenbach, Direktor



Schweizerischer Spirituosenverband
Andreas Affentranger, Präsident



**VSIG – Vereinigung des Schweiz.
Import- und Grosshandels**
Kaspar Engeli, Direktor



Schweizerischer Obstverband
Bruno Pezzatti, Direktor



Erdöl-Vereinigung (Tankstellenshops)
Dr. Rolf Hartl, Geschäftsführer

